

Das staatsfeindliche Auftreten des [REDACTED] wurde auch in jüngster Zeit durch ein sogenanntes "Institut zur Bekämpfung der Menschenrechtsverletzungen in der DDR" aus Tübingen in mittels Ballonaktion in die DDR eingeschleusten Hetzflugblättern zur Aufwiegelung von Bürgern der DDR zu ähnlichen Handlungen benutzt.

Im Rahmen der geführten Untersuchungen wurde nachgewiesen, daß sich weitere Antragsteller im Ergebnis der feindlichen Hetzkampagne, insbesondere der Glorifizierung des [REDACTED], zusammenschlossen und im arbeitsteiligen Vorgehen, teilweise auf konzeptioneller Grundlage sowie im Zusammenwirken mit feindlichen Einrichtungen weitere Maßnahmen zur Diskriminierung der Staats- und Gesellschaftsordnung planten und durchführten.

Eine im Kreis Bischofswerda liquidierte Gruppierung von 3 Antragstellern versuchte seit Mitte 1976, ohne konfessionell gebunden zu sein, den Gottesdienst zum demonstrativen Auftreten zu benutzen.

Eine in Rudolstadt zerschlagene Gruppe aus 4 Antragstellern kündigte staatlichen Organen für den Vortag der Volkswahlen 1976 eine öffentliche Demonstration an und versuchte, weitere Antragsteller für derartige Handlungen zu gewinnen. Darüber hinaus richtete diese Gruppierung am 6. 10. 1976 in provokativer Art und Weise ein sogenanntes Protestschreiben mit Unterschriftslisten an den Chefredakteur des "Neuen Deutschland", in dem sie bezugnehmend auf den ND-Kommentar zur Selbstverbrennung des Pfarrers [REDACTED] eine Berichtigung dieser Darstellung im "Neuen Deutschland" forderten und gleichzeitig verlangte, daß die betreffende Erklärung der Leitung der Kirchenprovinz Sachsen abgedruckt wird. Andernfalls drohten die Täter mit einer Anzeige wegen Verleumdung bzw. Information der "Weltöffentlichkeit".

Daß Antragsteller mit einer gruppenweisen Tatbegehung nicht nur ihre Übersiedlung erzwingen wollen, wurde auch im Ermittlungsverfahren gegen einen 22jährigen Tiefbauarbeiter aus Wismar deutlich, der aus seinem Umgangskreis feindlich-negative Jugendliche, die nicht Antragsteller waren, zu einer Gruppe zusammenfügte, in diesem Kreis gegen die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung hetzte und diese Personen zur Nichtbeteiligung an den Wahlen in der DDR sowie zur Arbeits- und Wehrdienstverweigerung aufwiegelte.